

# i.punkt Landtag

Informationen des Landtagsabgeordneten Andreas Stoch aus Landtag und Wahlkreis

Ausgabe 5/2023

22. Dezember 2023



## Liebe Leserinnen und Leser,

schon im letzten Jahr habe ich mich mit der großen Hoffnung in die Weihnachtspause und den Jahreswechsel verabschiedet, dass das neue Jahr ein besseres werden möge. Leider war dem nicht so. Nach der schwierigen Zeit der Coronapandemie, deren Auswirkungen immer noch spürbar sind, und zum andauernden russischen Angriffskrieg auf die Ukraine kam Anfang Oktober der terroristische Angriff der Hamas auf Israel hinzu. Die Weltenlage ist extrem angespannt. Und auch die jüngsten Schiffsattaken der iranischen Huthi-Rebellen im Roten Meer lassen nicht auf Entspannung hoffen.

Auch innerhalb Deutschlands haben wir alles andere als eine einfache Situation. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das den Nachtragshaushalt von 2021 als unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt hat, muss die Bundesregierung die Finanzierung dringender Ausgaben und Investitionen priorisieren und auf eine neue Grundlage stellen. Die Ampel hat hier zügig und sorgfältig gehandelt und zunächst mit einem Nachtragshaushalt Rechtssicherheit für das laufende Jahr geschaffen. Nach intensiven Beratungen hat sich Bundeskanzler Olaf Scholz mit Vizekanzler Robert Habeck und Bundesfinanzminister Christian Lindner auf die Eckdaten für den Haushaltsentwurf 2024 geeinigt. Im Kernhaushalt 2024 sollen rund 17 Milliarden Euro eingespart werden, größtenteils durch den Abbau klimaschädlicher Subventionen, Sparmaßnahmen der einzelnen Ressorts, bessere Integration von Geflüchteten und Kürzung von Bundeszuschüssen.

Der klimaschützende Umbau unseres Landes muss dabei zentrale Aufgabe von Bund und Ländern bleiben. Dafür brauchen wir dringende Investitionen in Infrastruktur und zur Unterstützung unserer Wirtschaft. Jeder und jede muss hier einen Beitrag leisten. Das wird auch über die CO<sub>2</sub>-Abgabe geschehen,

deren Erhöhung 2023 aufgrund der Energiekrise ausgesetzt wurde und nun von 30 Euro/Tonne auf 45 Euro/Tonne erhöht wird, anstatt auf 40 Euro/Tonne, wie für 2024 ursprünglich vorgesehen. Die dadurch entstehenden Mehrkosten fürs Tanken und Heizen werden überschaubar und für die meisten Haushalte auch finanzierbar bleiben, zumal sich die Inflation abschwächt und die Energiepreise deutlich gesunken sind. Doch um vor allem die Menschen mit geringeren Einkommen zu schützen und einen sozialen Ausgleich zu schaffen, wollen wir als SPD die Einführung des im Koalitionsvertrag festgeschriebenen Klimagelds vorantreiben. Erste Schritte zur Umsetzung wurden bereits unternommen.

Dennoch bleibt für mich die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Schuldenbremse, gerade in Krisenzeiten wie diesen. Kann es in Hinblick auf zukünftige Generationen gesellschaftlich verantwortungsvoll sein, auf dringende Investitionen zu verzichten, nur um eine schwarze Null zu erzielen? Schuldenbremse gerettet – Land kaputt? Wir sollten uns parteiübergreifend in Bund und Land Gedanken machen, in welcher Form die Schuldenbremse angepasst werden muss, damit sie nicht zur Entwicklungsbremse wird. In Brüssel haben sich jetzt die Finanzminister der EU-Staaten geeinigt, die Schuldenregel zu reformieren.

Obwohl wir - in unserem Land und auch weltweit - vor großen Herausforderungen stehen, möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen, dass wir trotz allen Widrigkeiten auch vieles erreicht haben. Düsterste Prophezeiungen haben sich nicht erfüllt. Wie im vergangenen Winter werden wir auch in diesem nicht ohne Strom im Dunklen und im Kalten sitzen müssen und die umfangreiche Versorgung unserer Bevölkerung ist nach wie vor gewährleistet. Auch wenn undemokratische Kräfte anderes behaupten, funktioniert unser Gemeinwesen.

In diesem Sinne wünsche ich Euch, Euren Familien und Freunden besinnliche und entspannte Weihnachtstage und einen guten Rutsch in ein gesundes und hoffnungsfrohes neues Jahr. Und selbstverständlich wieder eine interessante Lektüre.

Euer Andreas Stoch

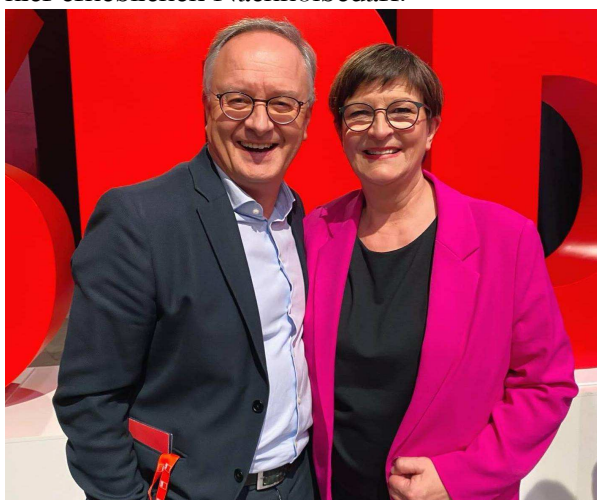
## Bundesparteitag in Berlin



Foto: Fion Grasse

Von unserem Bundesparteitag in Berlin mit 600 Delegierten ging ein klares Signal der Geschlossenheit aus. Das gute Zusammenspiel zwischen Bundeskanzler, Partei und Fraktion wurde deutlich gemacht. Wir stehen zusammen - das ist unsere Stärke als SPD! Wir müssen zeigen, dass wir als Kanzlerpartei auch den Führungsanspruch in der Regierung haben. Neben den Wahlen wurde vor allem die Rede unseres Bundeskanzlers Olaf Scholz mit großer Spannung erwartet. Er hat die Schwierigkeit der aktuellen Lage verdeutlicht, gleichzeitig aber auch Zuversicht vermittelt. Er hat einmal mehr bewiesen, dass er unsere Partei und unser Land in diesen schwierigen Zeiten gut führt.

Im am Sonntag einstimmig verabschiedeten Leit Antrag, an dem auch ich mitgearbeitet habe, wird ein Deutschlandpakt für Bildung gefordert. Die PISA-Ergebnisse haben es nochmals deutlich gezeigt, dass die Zeit der kleinen Stellschrauben vorbei ist. In Sachen Bildungsgerechtigkeit braucht es endlich einen großen Wurf. Bund, Länder und Kommunen müssen dabei im Sinne einer gelingenden Kooperation zusammenarbeiten und Bildung endlich als das priorisieren, was es ist: eine unserer wichtigsten Zukunftsaufgaben. Gerade in Baden-Württemberg haben wir hier erheblichen Nachholbedarf.



Es freut mich, dass ich als Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD Baden-Württemberg erneut für weitere zwei Jahre in den Bundesvorstand der Partei gewählt wurde. Auch Saskia Esken wurde als Co-Parteivorsitzende in ihrem Amt bestätigt.

## Handeln statt Jammern: Gemeinsam Migration begegnen!

In der 78. Sitzung des Landtags am 9. November diskutierte der Landtag in einer von der SPD beantragten Aktuellen Debatte die Herausforderungen der Migration und die in der Ministerpräsidentenkonferenz getroffenen Beschlüsse. Der rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion **Sascha Binder** verdeutlichte die Brisanz des Themas, weswegen es als Aktuelle Debatte auf die Tagesordnung gesetzt wurde. Es sei wichtig gewesen, dass Bund und Länder nun zu gemeinsamen Lösungen gekommen sind und damit einen Gegensatz aufzeigen gegenüber denen, die nur laut poltern und schreien, ohne selbst einen einzigen Lösungsvorschlag auf den Tisch gelegt zu haben. Deswegen sei der getroffene Kompromiss ein großer Schritt, nicht nur im Hinblick auf die Lösung der Probleme, sondern auch ein Zeichen, dass dieser Staat und diese Demokratie funktionieren. Seitdem dieses Thema wieder intensiver auch hier in diesem Parlament diskutiert werde, sei klar, dass jeder das in seiner Verantwortung Liegende tun müsse, um dieser Herausforderung zu begegnen. Dann könne man auch wieder mehr Blick für die Chancen der Zuwanderung gewinnen, wenn Ordnung und Humanität in Einklang gebracht würden. Wenn aber ständig mit dem Finger auf andere gezeigt und die eigene Verantwortung zurückgeschoben werde, dann könne man diese riesige Herausforderung nicht schaffen. Damit mache man nur die stärker, die keine Lösung vorzeigen, aber sehr viel gegen unsere Demokratie tun wollen. Es scheine bei der Landesregierung einen Paradigmenwechsel gegeben zu haben: Es gab im Bund eine Einigung ohne Protokollnotiz des Ministerpräsidenten. Baden-Württemberg scheint, seiner Verantwortung für einen demokratischen Kompromiss gerecht geworden zu sein – auch wenn das nicht allen in der Landesregierung gefalle. Doch wer mit Verantwortung nicht zurechtkomme und gemeinsam beschlossene Kompromisse gleich wieder zerrede, der sei nicht in der Lage, Verantwortung in dieser Demokratie zu übernehmen. „Wir haben einen Paradigmenwechsel bei der Finanzierung der Länder und Kommunen für diese wichtige Aufgabe der Migration. Eine Forderung, die die kommunalen Spitzenverbände und auch die Länder zurecht aufgestellt haben. Wir brauchen eine planbare Finanzierung der Unterbringung, aber auch der Integration derjenigen, die bei uns bleiben dürfen“, forderte Binder. Jetzt werde es endlich Zeit, dass das Land seiner eigenen Verantwortung gerecht werde und die Aufgaben erledige, die bereits im Mai dieses Jahres beschlossen wurden.

## **Entlastungsallianz für Bürokratieabbau**

**In der 79. Sitzung des Landtags am 22. November sprach der Ministerpräsident in einer Regierungsinformation zur Entlastungsallianz für Baden-Württemberg, mit der die Bürokratie im Land abgebaut werden soll. Hier ein Auszug aus meiner Erwiderungsrede:**

„Wir leben in einem auf Regeln basierendem Gemeinwesen. Aber wenn wir mit den Regeln übers Ziel hinausschießen, dann entsteht eine Situation, in der wir die ganzen gut gemeinten Ziele nicht mehr erreichen, sondern das Gegenteil. Unser Land ertrinkt an vielen Stellen in Bürokratie und wir verstricken uns in einem Knäuel aus immer mehr Auflagen und Vorschriften. Das hemmt Neugründungen, verhindert Ansiedlungen neuer Investoren und gefährdet den Standort Baden-Württemberg. Wenn die Landesregierung dagegen angehen will, hat sie nicht nur recht, sondern auch unsere volle Unterstützung. Es reicht aber nicht, wenn die Landesregierung ständig erklärt, Bürokratie abzubauen zu wollen. Sie muss endlich ins Machen kommen! Schließlich sind Sie immerhin schon zwölfjährig im Amt und ein Teil der Bürokratie, den Sie heute abbauen wollen, haben Sie selbst erst aufgebaut. Gerade Energiewende und Klimaschutz sind immer mehr vom Ordnungsrecht geprägt. In der Landesbauordnung gibt es immer mehr Regelungen, was Wohnungsbau und Energiewende hemmt. Mit dem baden-württembergischen Sonderweg bei der Grundsteuer wurde ein wahres Bürokratiemonster geschaffen, das nicht nur die Menschen und Kommunen, sondern auch die Landesbehörden in den Wahnsinn treibt. Sie haben einen Normenkontrollrat geschaffen, der vor vier Jahren ein Bürokratieentlastungsgesetz gefordert hat. Seither ist hier nichts passiert. Den Normenkontrollrat haben Sie auslaufen lassen und Änderungen vorgenommen, damit er angeblich noch besser werden sollte. Nun stellen Sie ihm mit der Entlastungsallianz ein weiteres Gremium an die Seite. Doch wir brauchen keine neuen Gremien, Überschriften oder Prozesse, sondern endlich Ergebnisse! Wer dieses wichtige Thema so angeht und offensichtlich auf Zeit spielt, hat das Problem in seiner Substanz nicht verstanden. Verwaltungsentscheidungen sollten den Bürgerinnen und Bürgern dienen und die gegebenen Ermessensspielräume nutzen. Wir brauchen in den Verwaltungen eine Kultur der Ermutigung und keine Kultur der Angst! Die Verfahren müssen beschleunigt werden, dann wächst auch wieder das Vertrauen der Menschen in die Funktionsfähigkeit unseres Staates. Wir werden als SPD aber sehr genau darauf achten, dass mit der Bürokratie nicht gleichzeitig auch Arbeitnehmerrechte abgebaut werden.“

## **Schuldenbremse reformieren**

**In der 81. Landtagssitzung am 30. November forderte die SPD-Fraktion in einer Aktuellen Debatte, die Schuldenbremse zu reformieren, um damit wichtige Investitionen im Land zu ermöglichen. Auszug aus meiner Rede:**

„Wir wollen heute über ein starkes Land sprechen und wie wir es durch die Transformation führen und die dafür notwendigen Zukunftsinvestitionen aufbringen. Verschiedene Ökonomen haben den Investitionsbedarf für die Dekarbonisierung unserer Wirtschaft auf mehr als eine Billion Euro für die nächsten 20 Jahre berechnet. Das werden hauptsächlich private Investitionen sein. Aber die Transformation in ihrer Komplexität kann nur gelingen, wenn auch staatliche Investitionen erfolgen. Wie bringen wir nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts und dem Wegfall des Klima- und Transformationsfonds und weiterer Finanzierungsinstrumente die notwendigen Mittel auf, um in die Zukunft des Landes zu investieren? Dazu braucht es jetzt eine breite Diskussion über die finanzpolitischen Möglichkeiten auf einer stabilen rechtlichen Grundlage. Dafür müssen wir auch die Schuldenbremse in den Blick nehmen. Diese können wir in Bund und Land nicht von heute auf morgen reformieren, doch wir müssen eine Debatte darüber führen. Eine Reform stopft keine Löcher im Bundeshaushalt und ist kein Goldesel für unseren Landeshaushalt. Aber wir können nicht den Kopf in den Sand stecken, wenn es um einen grundsätzlichen Webfehler in der Schuldenbremse geht. Es ist höchste Zeit, darüber nachzudenken, wie wir das Problem ändern können: ehrlich, konstruktiv und gemeinsam. Auch für DIW-Chef Marcel Fratzscher ist die Schuldenbremse nicht mehr zeitgemäß, weil sie der Politik den notwendigen Spielraum nimmt, um Krisen zu bekämpfen und Zukunftsinvestitionen zu tätigen. Nichtstun ist hier keine Option. Deutschland könnte in diesem Jahr als einzige große Volkswirtschaft schrumpfen. Der IWF geht davon aus, dass Deutschland auch in den nächsten fünf Jahren langsamer wachsen wird als Amerika, Großbritannien, Frankreich und Spanien. Unsere Industrie braucht doppelt so viel Energie wie Frankreich. Wir sind da hinten dran und haben es uns zu lange mit russischem Gas bequem gemacht. Wir brauchen jetzt einen gewaltigen An Schub für erneuerbare Energien. Die Transformation kann man nicht mit schwarzen Nullen bezahlen. Wir brauchen eine Investitionsklausel in der Schuldenbremse, auch weil wir nicht allein auf der Welt sind und im Wettbewerb stehen. Denn selbst ein so reiches Land wie wir kann diese Investitionskosten nicht allein aus dem Kernhaushalt anschieben.“

## Aus dem Wahlkreis

### Tag der Freien Schulen – Besuch Waldorfschule

Am Tag der Freien Schulen am 17. November besuchte ich die Heidenheimer Waldorfschule. Im großen Festsaal informierte Geschäftsführer Guntram Holzwarth über die Situation seiner Schule. Dabei standen der Wunsch nach einer angemessenen Finanzierung privater Schulen und die Unterstützung von Sanierungsmaßnahmen im Zentrum. Hier kommt es immer noch zu keiner Gleichbehandlung mit den öffentlichen Schulen. Die Waldorfschule stehe vor großen Herausforderungen, denn der 50 Jahre alte große Festsaal bedürfe einer dringenden Sanierung, insbesondere was die statische Ertüchtigung der Bühne und die in die Jahre gekommene Bestuhlung betreffe. Schon im vergangenen Jahr hatte ich mich diesbezüglich ans Land gewandt. Allerdings hatte das angeschriebene Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst auf das für Schulen zuständige Kultusministerium verwiesen, doch dieses fördert bei Freien Schulen nur Neubauten. Der große Festsaal der Waldorfschule ist gerade auch als Kulturraum für die Stadt Heidenheim, den Kreis und die gesamte Region von immenser Bedeutung. Deswegen werde ich mich auch weiterhin beim Land für eine angemessene Förderung einsetzen.



Foto: Oliver Vogel

Anschließend diskutierte ich mit den Schülerinnen und Schülern der neunten und elften Klasse. Es ist mir unheimlich wichtig, dass sich junge Leute gesellschaftlich und politisch engagieren. Denn mit der Absenkung des Wahlalters auf 16 haben sie nicht nur früher eine Stimme, sondern können sich selbst auch für ein politisches Amt bewerben. Nach einer kurzen persönlichen Vorstellung meiner Arbeit als Abgeordneter, Fraktionschef im Stuttgarter Landtag und Landesvorsitzender der SPD beantwortete ich die Fragen der Schülerinnen und Schüler, die von meiner Meinung zu „Klimaklebern“ und der Energieversorgung der Zukunft über das Jagdgesetz bis hin zur großen Frage der Moral in unserer Gesellschaft reichten.

### Woche der Gemeinschaftsschule – Besuch der Bibrisschule in Herbrechtingen



Anlässlich der Woche der Gemeinschaftsschule besuchte ich Mitte Dezember die Bibrisschule. Gemeinsam mit Bürgermeister Daniel Vogt stellte ich mich den vielfältigen Fragen der neunten Klasse zur politischen Arbeit und aktuellen brisanten Themen. Dabei ermutigte ich die Schülerinnen und Schüler, sich für einen möglichst guten Abschluss ins Zeug zu legen: „Es gibt immer noch zu viele junge Menschen ohne Schulabschluss oder Ausbildung. Ein guter Abschluss ist die Basis für euer Berufsleben und wird es euch später leichter machen.“ Einig waren wir uns, dass Schule heute nicht mehr so sein könne, wie vor hundert Jahren. Schule müsse sich wie auch die Gesellschaft ändern. Mit der Gemeinschaftsschule hat man ein modernes und gutes pädagogisches Konzept gefunden. Dort wird hervorragende Arbeit geleistet. Die Schülerinnen und Schüler können hier in ihrem eigenen Tempo lernen und erhalten die individuelle Förderung, die sie brauchen. Im anschließenden Gespräch berichteten Schulleiter Roland Widmann, Konrektorin Ariane Fröhle und Schulsozialarbeiter Hans-Jürgen Schilk, wo die Schule derzeit steht. Gut vorangekommen sei man bei der Digitalisierung, wobei die Finanzierungsfrage von neuen Geräten für die Lehrkräfte und den Ersatz der Erstausrüstung ungeklärt sei. Grundsätzlich muss die Finanzierungsstruktur zwischen Bund, Land und Kommune neu aufgestellt werden. Das betrifft auch das Personal, das multiprofessionell aufgestellt werden muss, um Lehrkräfte zu entlasten. Die anstehende Schulsanierung werde im ersten Bauabschnitt mit der Grundschule begonnen, erklärte Bürgermeister Vogt. „Hier muss der Startschuss fallen. Wichtig ist, dass wir vom Kultusministerium endlich Informationen zu den Förderrichtlinien für den Ganztagsaufbau erhalten.“

#### Impressum:

Wahlkreisbüro Andreas Stoch MdL  
Redaktion: Danjela Folberth  
Bergstraße 8 | 89518 Heidenheim  
Tel.: 07321/ 4 00 80  
E-Mail: [wahlkreisbuero@andreas-stoch.de](mailto:wahlkreisbuero@andreas-stoch.de)  
Internet: [www.andreas-stoch.de](http://www.andreas-stoch.de)